

08.04.2016



**Satzung
des Vereins „Alpenverein Linz“
als Zweigverein (Sektion) des Österreichischen Alpenvereins**

**§ 1
Name, Sitz, Vereinsjahr**

1. Der Verein führt den Namen „Alpenverein Linz“.
2. Er hat seinen Sitz in 4020 Linz, Hauptplatz 23.
3. Das Vereinsjahr ist das Kalenderjahr.
4. Er ist ein selbständiger Verein und als Zweigverein (Sektion) Mitglied des Österreichischen Alpenvereins und an dessen Satzung gebunden.
5. Sämtliche in dieser Satzung verwendeten Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

**§ 2
Zweck**

1. Zweck des Vereins ist es, das Bergsteigen, alpine Sportarten und das Wandern zu fördern und zu pflegen - dies in Eigenverantwortung seiner Mitglieder -, sowie Kenntnisse zur Ausübung des Bergsports zu vermitteln, die Schönheit und Ursprünglichkeit der Bergwelt zu erhalten, die Kenntnisse über die Gebirge und ihre Umwelt zu erweitern und zu verbreiten und dadurch auch die Liebe zur Heimat zu pflegen sowie Wissenschaft und Forschung in diesem Bereich zu fördern.
2. Der Verein ist dem alpinen Natur- und Umweltschutz verpflichtet.

3. Arbeitsgebiet des Vereins sind Teile des Bundesgebiets der Republik Österreich, sein Betätigungsfeld sind die Berge der Welt.
4. Der Verein ist parteipolitisch neutral und unabhängig.
5. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, seine Tätigkeit ist nicht auf das Erzielen von Gewinn gerichtet.
Etwaige Überschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

§ 3

Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks (ideelle Mittel)

Der Vereinszweck wird verwirklicht durch:

1. Angebote zur Aus- und Fortbildung in den Bereichen Bergsteigen, alpine Sportarten, Wandern, Jugendarbeit und für Vereinsaufgaben des Österreichischen Alpenvereins;
2. Förderung von alpinsportlichen Aktivitäten und Vermietung von Bergsportausrüstung sowie Alpinliteratur;
3. Bau, Erwerb, Betrieb und Erhaltung natürlicher und künstlicher Kletteranlagen;
4. Heranbildung der Jugend, die sich nach eigenen Richtlinien organisiert, sowie Förderung einer umfassenden Jugendarbeit;
5. Förderung einer umfassenden Familien- und Seniorenarbeit;
6. Schutz und Pflege der alpinen Natur und Umwelt als Anwalt der Alpen sowie Erwerb und Erhaltung von schützenswerten Gebieten; Durchführung von naturerhaltenden Maßnahmen wie Umweltbaustellen und Bergwaldprojekte;
7. Bau, Erwerb, Betrieb und Erhaltung von Schutzhütten, Wegen, Jugendheimen und Talherbergen;
8. Zusammenarbeit mit Einrichtungen im Bereich der alpinen Ausbildung und Sicherheit, der Bergrettung und dem Bergsportführerwesen;
9. Abhaltung von Vereinsveranstaltungen zur Erfüllung des Vereinszweckes;
10. Herausgabe, Verlag, Förderung und Sammlung wissenschaftlicher, schriftstellerischer und künstlerischer Arbeiten sowie deren Präsentation;
11. Herstellung, Verlag und Vertrieb von Gebirgskarten in gedruckter und digitaler Form, alpinen Führerwerken, Lehrmaterialien, Fachjournalen, Mitgliedermagazinen und sonstigen Druckwerken;
12. Gründung, Erwerb und Betrieb oder Unterstützung von Einrichtungen und Unternehmungen, die dem Vereinszweck dienen, sowie Gründung von und Beteiligung an Kapitalgesellschaften, die dem Vereinszweck dienen;
13. Pflege von Beziehungen zu Institutionen mit gleichen oder ähnlichen Zielen;
14. Verwaltung des Vereinsvermögens;
15. Öffentlichkeitsarbeit und die Verwendung von elektronischen Informationsmedien wie Internetauftritte und social media;
16. Abschluss von kollektiven Versicherungen, wie zur Vorsorge für Mitglieder und Funktionäre oder zur Sicherung des Bestandes der Schutzhütten.

§ 4

Bedeckung der Erfordernisse (materielle Mittel)

Die Erfordernisse werden bedeckt durch:

1. Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge in der jeweils beschlossenen Höhe;
2. Subventionen und Förderungen;
3. Spenden, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen;
4. Einnahmen aus Einrichtungen im Sinne des § 3 Z 3, 7 und 11;
5. Sponsorbeiträge, Inseraten- und Werbeeinnahmen;
6. Einnahmen aus Vereinsveranstaltungen und aus der Teilnahme an Veranstaltungen anderer Organisationen und Institutionen;
7. Einnahmen aus der Vermietung von Bergsteigerausrüstung und dem Verkauf von Shop- und Vereinsartikeln;
8. Vermögensverwaltung (z.B. Zinsen, sonstige Kapitaleinkünfte, Einnahmen aus Beteiligungen sowie aus Vermietung und Verpachtung);
9. Einnahmen aus der Beteiligung an Kapitalgesellschaften;
10. Kreditaufnahme und Haftungsübernahme

§ 5

Arten der Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a) ordentlichen Mitgliedern
 - b) Ehrenmitgliedern.
2. Ordentliche Mitglieder sind jene, die einen ihrer Kategorie entsprechenden Mitgliedsbeitrag leisten.
3. Ehrenmitglieder sind Personen, welche hiezu wegen besonderer Verdienste um den Verein durch die Hauptversammlung oder durch das Präsidium ernannt werden. Sie können einem Organ mit beratender Stimme angehören; sie haben in der Hauptversammlung Sitz und Stimme. Ehrenmitglieder haben alle Rechte der Mitglieder ohne deren Verpflichtung zum Bezahlen des Mitgliedsbeitrags.

§ 6

Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen werden.

2. Die Aufnahme eines Mitglieds geschieht nach Abgabe einer Beitrittserklärung. Sie erfolgt durch das Präsidium oder durch die von ihm dazu beauftragten Personen und wird durch Bezahlung des Mitgliedsbeitrags mit dem darauf folgenden Tag ab 0.00 Uhr wirksam. Die Mitgliedschaft gilt für das laufende Vereinsjahr.
3. Die Aufnahme kann vom Präsidium verweigert werden.

§ 7

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen und an dessen Veranstaltungen teilzunehmen, sofern dazu die für Veranstaltungen bergsportlicher Natur notwendigen Techniken und Fähigkeiten gegeben sind.
2. Den Mitgliedern ist auf Verlangen gegen Kostenersatz eine gültige Fassung der Satzung des Vereins auszuhändigen.
3. Die Mitglieder können sich mit Zustimmung des Präsidiums zu Gruppen zusammenschließen (z.B. Wander-, Ski-, Rad- und Hochgebirgstouristengruppen, Ortsgruppen ohne Rechtspersönlichkeit sowie Kinder- und Jugendgruppen). Falls sich die Gruppen eine Geschäftsordnung geben, bedarf diese der Genehmigung durch das Präsidium des Vereins.
4. Jedes Mitglied hat das Recht, einer oder mehrerer Gruppen des Vereins anzugehören.
5. Das Stimmrecht in der Hauptversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht steht den ordentlichen Mitgliedern und den Ehrenmitgliedern zu; Mitglieder unter 16 Jahren haben kein Stimmrecht, Mitglieder unter 18 Jahren haben kein passives Wahlrecht. Für eine Funktion im Jugendbereich gilt diese Einschränkung nicht.
6. Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung verlangen.
7. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins geschädigt wird. Sie haben die Vereinssatzung und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.
8. Die Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung des Mitgliedsbeitrags verpflichtet. Während des Vereinsjahres aufgenommene Mitglieder zahlen den vollen Beitrag für das laufende Kalenderjahr.
9. Jedes Mitglied hat Änderungen seiner Anschrift sowie anderer für die Mitgliedschaft relevanten Daten ohne Verzug bekannt zu geben.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch freiwilligen Austritt, durch Ausschluss oder durch Streichung.
2. Der Austritt eines Mitglieds erfolgt durch schriftliche Erklärung zum Ende des laufenden Kalenderjahres, wobei die Austrittserklärung spätestens am 30.09. dem Verein zugegangen sein muss.
3. Das Präsidium kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrags im Rückstand ist. Ein Mitglied wird automatisch zum Ende des Vereinsjahres gestrichen, wenn die Zahlung des Beitrags bis dahin nicht erfolgt ist; die Verpflichtung zur Entrichtung des Beitrags für das laufende Jahr bleibt in jedem Fall aufrecht.
4. Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Präsidium auch verfügt werden:
 - a) bei gröblichem Verstoß gegen die Interessen des Österreichischen Alpenvereins und seine Ziele,
 - b) bei schwerer Schädigung des Ansehens des Vereins,
 - c) bei groben Verletzungen der Berg- und Vereinskameradschaft,
 - d) bei sonstigem unehrenhaften Verhalten.

Dem Mitglied ist vor diesem Beschluss Gelegenheit zur Rechtfertigung zu gewähren.

5. Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den in Abs. 4 genannten Gründen von der Hauptversammlung auf Antrag des Präsidiums beschlossen werden.
6. Bei gröblichem Verstoß gegen die Interessen des Österreichischen Alpenvereins und seine Ziele, bei schwerer Schädigung des Ansehens oder bei groben Verletzungen der Vereins- und Bergkameradschaft kann das Präsidium des Gesamtvereins nach Anhören des Zweigvereins, sofern dieser den Ausschluss nicht selbst binnen vier Wochen vollzieht, das Mitglied mit Wirkung für alle Zweigvereine aus dem Österreichischen Alpenverein ausschließen.

Dem Mitglied ist vor diesem Beschluss Gelegenheit zur Rechtfertigung zu gewähren. Gegen den Ausschluss können das Mitglied und der Zweigverein binnen vier Wochen den Bundesausschuss anrufen, der vereinsintern endgültig entscheidet.

§ 9

Rechte und Pflichten des Vereins gegenüber dem Gesamtverein

1. Der Verein hat gegenüber dem Gesamtverein nachstehende Rechte:
 - a) Sitz und Stimme in der Hauptversammlung des Gesamtvereins;
 - b) Unterstützung durch den Gesamtverein bei der Erfüllung seiner Aufgaben;
 - c) Der Verein ist berechtigt, zu den hiefür vorgesehenen Bedingungen an den Veranstaltungen des Gesamtvereins teilzunehmen und dessen Einrichtungen zu benützen.
 - d) Unverzüglicher Erhalt des Sektionsanteils der Mitgliedsbeiträge, die auf dem Gesamtvereinskonto eingehen.

2. Der Verein hat gegenüber dem Gesamtverein nachstehende Pflichten:
 - a) die Satzung des Gesamtvereins und die eigene Satzung einzuhalten;
 - b) die satzungsgemäßen Beschlüsse und Richtlinien der Vereinsorgane zu befolgen;
 - c) seinen Zahlungsverpflichtungen an den Gesamtverein pünktlich nachzukommen;
 - d) die Aufnahme und das Ausscheiden von Mitgliedern fristgerecht zu melden;
 - e) Änderungen im Präsidium dem Gesamtverein umgehend mitzuteilen;
 - f) die Jahresberichte termingerecht zu übermitteln;
 - g) beabsichtigte Änderungen der bestehenden Satzung dem Präsidium mitzuteilen; über einen allfälligen Einspruch entscheidet der Bundesausschuss.
 - h) Veräußerung oder Belastung von Grund- und Hüttenbesitz vor Vertragsabschluss dem Präsidium des Gesamtvereins für die erforderliche Zustimmung vorzulegen;
 - i) die sektionseigenen Arbeitsgebiete zu betreuen;
 - j) eine oder mehrere Jugendgruppe(n) zu gründen und zu betreuen, sofern keine Ausnahmegewilligung vom Präsidium des Gesamtvereins erteilt wird.

3. Der Verein hat gegenüber dem Gesamtverein nachstehende Beitragsverpflichtungen:
 - a) Für jedes Mitglied die von der Hauptversammlung des Gesamtvereins beschlossenen und eingegangenen Gesamtvereins-Beitragsanteile zu jeweils 50 % bis spätestens 31. März und 30. Juni des Jahres zu entrichten. Abweichende Zahlungstermine können mit Zustimmung des Präsidiums des Gesamtvereins vereinbart werden.
 - b) Eingehende Zahlungen werden auf rückständige Beiträge, darüber hinaus auf sonstige Rückstände verrechnet.
 - c) Die Hauptversammlung des Gesamtvereins kann Mindestbeiträge festsetzen, welche der Zweigverein von seinen Mitgliedern einzuheben hat; sie kann ebenso für Mitglieder der Zweigvereine Beitragsbegünstigungen festsetzen.
 - d) Für Mitglieder, welche mehreren Zweigvereinen angehören, ist der Gesamtvereinsanteil nur einmal zu entrichten.

4. Die Hauptversammlung des Gesamtvereins kann die mit der Vereinszugehörigkeit verbundenen Rechte der Zweigvereine und deren Mitglieder einschränken oder aufheben, wenn dies das Vereinswohl erfordert. In dringenden Fällen kann der Bundesausschuss

Anordnungen in diesem Sinne treffen, die der Genehmigung der nächsten Hauptversammlung bedürfen.

§ 9a Landesverbände

Der Verein gehört denjenigen Landesverbänden an, in deren Gebiet er Arbeitsgebiete und/oder Hütten betreut.

§ 10 Vereinsorgane

1. Die Organe des Vereins sind:
 - a) die Hauptversammlung (§§ 11-13)
 - b) das Präsidium (§§ 14-16)
 - c) die Rechnungsprüfer (§ 17)
 - d) das Schiedsgericht (§ 18)
2. Die Mitglieder des Präsidiums, die Rechnungsprüfer und die Mitglieder des Schiedsgerichtes üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

§ 11 Die ordentliche Hauptversammlung

1. Die Hauptversammlung ist das oberste Organ des Vereins; sie findet jährlich einmal statt.
2. Die ordentliche Hauptversammlung wird vom Präsidium vorbereitet und vom Präsidenten einberufen.
3. Die Einladung zur Hauptversammlung ist mit einer Frist von mindestens 14 Tagen schriftlich oder auf andere ortsübliche Weise unter Bekanntgabe der Tagesordnung kundzumachen.
4. Teilnahme- und stimmberechtigt sind die Mitglieder gemäß § 5 dieser Satzung.
5. Anträge zur Hauptversammlung sind mindestens acht Tage vor dem Termin der Hauptversammlung beim Präsidium schriftlich einzureichen; diese sind bei Beginn der Hauptversammlung vom Präsidenten vorzulegen und als letzter Tagesordnungspunkt (vor „Allfälliges“) zu erledigen.

Zusatzanträge zu Tagesordnungspunkten können auch noch mündlich bei der Hauptversammlung gestellt werden.

Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

6. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Präsident, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz einem anderen vom Präsidium bestimmten Präsidiumsmitglied.
7. Jedes stimmberechtigte Mitglied kann bei der Hauptversammlung das Wort ergreifen und fristgerecht eingereichte Anträge begründen.
8. Die Beschlussfassung erfolgt, soweit nicht an anderer Stelle dieser Satzung eine andere Mehrheit ausdrücklich gefordert wird, durch einfache Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse, mit denen die Satzung des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Das Stimmrecht ist persönlich auszuüben; Stimmübertragungen sind nicht zulässig.
9. Die ordnungsgemäß einberufene Hauptversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

§ 12

Aufgaben der Hauptversammlung

1. Der Hauptversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:
 - a) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses;
 - b) Beschlussfassung über den Voranschlag;
 - c) Entlastung des Präsidiums;
 - d) Wahl oder Enthebung der Mitglieder des Präsidiums und der Rechnungsprüfer;
 - e) Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge, soweit diese von den Vorgaben des Gesamtvereins abweichen;
 - f) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
 - g) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
 - h) Beschlussfassung über sonstige Themen und Anträge, die auf der Tagesordnung stehen.
 - i) Beschlussfassung über eine eventuelle Geschäftsordnung des Präsidiums
2. Änderungen, welche die Grundsätze der Satzung des Zweigvereins oder des Gesamtvereins wesentlich berühren, sind an die Zustimmung des Präsidiums des Gesamtvereins gebunden.

3. Über die Verhandlungen der Hauptversammlung ist ein Protokoll zu verfassen und vom Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu fertigen.

§ 13

Die außerordentliche Hauptversammlung

1. Die außerordentliche Hauptversammlung findet statt:
 - a) auf Beschluss des Präsidiums
 - b) auf Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung
 - c) auf Verlangen bzw. Beschluss der Rechnungsprüfer (§ 17)
 - d) auf Verlangen des Schiedsgerichtes (§ 18)
 - e) auf Verlangen von mindestens einem Zehntel der Mitglieder des Vereins
 - f) auf Verlangen des Bundesausschusses des GesamtvereinsDie Anträge gem. lit. c) bis f) sind schriftlich zu begründen.

2. Für die außerordentliche Hauptversammlung gelten die Bestimmungen der ordentlichen Hauptversammlung sinngemäß; sie hat die gleichen Befugnisse wie diese. Zeit und Ort werden vom einberufenden Organ bestimmt.

§ 14

Das Präsidium

1. Das Präsidium ist das Leitungsorgan des Vereins und besteht aus dem Präsidenten, den drei Vizepräsidenten (in der Reihenfolge 1., 2. und 3. Vizepräsident), dem Finanzreferenten und seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und weiteren Vertretern der Sachbereiche und Ortsgruppen.
2. Die Präsidiumsmitglieder werden von der Hauptversammlung für jeweils 3 Jahre gewählt; deren Funktionsperiode endet mit der Neuwahl eines Nachfolgers.
3. Die auch mehrmalige Wiederwahl eines Mitglieds des Präsidiums ist zulässig.
4. Scheidet ein Mitglied des Präsidiums während der Funktionsdauer aus oder ist es in der Ausübung der übertragenen Funktion dauernd verhindert, so wird an dessen Stelle vom Präsidium für den Rest der Funktionsdauer ein anderes wählbares Mitglied kooptiert, wozu die nachträgliche Genehmigung der nächstfolgenden Hauptversammlung einzuholen ist. Im Falle des Ausscheidens des Präsidenten übernimmt dessen Stellvertreter bis zur Neuwahl in der nächsten Hauptversammlung dessen Funktionen. Im Falle gleichzeitiger Verhinderung von Präsident und Stellvertretern bestimmt das Präsidium aus seinen Reihen die Vertretung.

5. Fällt das Präsidium überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Hauptversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Präsidiums einzuberufen.
6. Das Präsidium wird vom Präsidenten, in dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter rechtzeitig einberufen. Den Vorsitz führt der Präsident, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, bestimmt das Präsidium aus seinen Reihen die Vertretung. Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Wenn ein Präsidiumsmitglied an zwei aufeinander folgenden Sitzungen unentschuldigt nicht teilnimmt, so gilt das als Rücktritt vom Mandat, wenn das Präsidium nichts anderes beschließt.
7. Das Präsidium fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Präsidiumsmitglieder, die voraussichtlich an der Sitzung nicht teilnehmen werden, können ihr Stimmrecht einem anderen Präsidiumsmitglied mit dessen Zustimmung nachweislich übertragen. Eine solche Übertragung gilt nur für eine bestimmte Sitzung, auch darf kein Mitglied dadurch mehr als zwei Stimmen auf sich vereinen.
8. Außer durch den Tod oder durch Ablauf der Funktionsperiode erlischt die Funktion eines Präsidiumsmitglieds auch durch Enthebung oder Rücktritt.
9. Die Hauptversammlung kann jederzeit das gesamte Präsidium oder einzelne seiner Mitglieder entheben; die Enthebung tritt mit der Bestellung des neuen Präsidiums bzw. Präsidiumsmitglieds in Kraft.
10. Die Präsidiumsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an das Präsidium, im Falle des Rücktrittes des gesamten Präsidiums an die Hauptversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit der Kooptierung bzw. Wahl eines Nachfolgers wirksam.

§ 15

Aufgaben des Präsidiums

1. Dem Präsidium obliegt die Leitung des Vereins. Das Präsidium trägt die Verantwortung für den Verein. Dem Präsidium kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.
2. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
 - a) Einrichtung eines Rechnungswesens und Führung eines Vermögensverzeichnisses
 - b) Überwachung des Budgetvollzugs und Beschluss erforderlicher Budgetüberschreitungen

- c) Abfassung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses sowie Erstellung des Jahresvoranschlags
 - d) Vorbereitung der Hauptversammlung und Bestimmung der Tagesordnung
 - e) Einberufung der ordentlichen und einer außerordentlichen Hauptversammlung
 - f) Verwaltung des Vereinsvermögens
 - g) Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern, wobei mit der Aufnahme auch andere Personen vom Präsidium beauftragt werden können
 - h) Begründung und Auflösung von Dienstverhältnissen für den Verein
 - i) Einrichtung von Ausschüssen und Projektgruppen
 - j) Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung und Abberufung von Präsidiumsmitgliedern
3. Das Präsidium hat für die jeweiligen Wahlen jedenfalls einen Wahlvorschlag einzubringen. Von den Mitgliedern eingereichte Wahlvorschläge sind nach dem Vorschlag des Präsidiums in der Reihenfolge des Einlangens der Hauptversammlung zur Abstimmung vorzulegen.
 4. In dringenden Fällen ist das Präsidium, bei Gefahr im Verzug auch der Präsident allein, berechtigt, in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Hauptversammlung fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; diese bedürfen jedoch der nachträglichen Genehmigung durch die Hauptversammlung.

§ 16

Anzahl und Obliegenheiten einzelner Präsidiumsmitglieder

1. Der Präsident führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Verein nach außen. Er führt in der Hauptversammlung und im Präsidium den Vorsitz. Er ist der organschaftliche Vertreter des Vereins.
2. Schriftstücke des Vereins bedürfen - soweit nicht anders in einer Geschäftsordnung festgelegt - zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift des Präsidenten. Wichtige Schriftstücke, welche die Sektion verpflichten, sind vom Präsidenten und von einem weiteren Präsidiumsmitglied, in Finanz- und Geldangelegenheiten vom Präsidenten und vom Finanzreferenten oder dessen Stellvertreter zu unterfertigen.
3. Geschäfte zwischen dem Verein und dessen Funktionären, deren Abwicklung und Preisgestaltung von jenen Geschäften, die mit vereinsfremden Personen üblicherweise geschlossen werden, abweicht, bedürfen unabhängig von ihrem Preis oder Gegenwert bei sonstiger Nichtigkeit der Genehmigung durch Präsident und Finanzreferent, im Falle von deren Befangenheit durch die Stellvertreter. Ab einer Wertgrenze von € 3.000 ist bei Geschäften zwischen dem Verein und dessen Funktionären jedenfalls eine derartige Genehmigung erforderlich.
4. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können nur vom Präsidenten, bei dessen Verhinderung auch durch seinen Stellvertreter erteilt werden.

5. Über die Sitzungen des Präsidiums ist ein Protokoll zu verfassen und vom Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu fertigen.
6. Der Schriftführer führt die Protokolle des Präsidiums und der Hauptversammlung.
7. Der Finanzreferent ist für die ordnungsgemäße Finanz- und Geldgebarung sowie für die Kassa- und Bankgeschäfte des Vereins verantwortlich.
8. Der Jugendteamleiter leitet mit dem Jugendteam die Jugendarbeit des Vereins; er sorgt für die Aus- und Weiterbildung der Jugendleiter. Der Jugendteamleiter vertritt die Interessen der Jugend gegenüber dem Landes- und Bundesjugendteam sowie nach außen.
9. Der Alpinreferent betreut mit dem Alpinteam das Tourenprogramm und alpine Ausbildungsprogramm des Vereins; er fördert die Aus- und Weiterbildung der Tourenführer.
10. Der Naturschutzreferent nimmt die Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes sowie der alpinen Raumordnung im Verein wahr.
11. Weitere Präsidiumsmitglieder kann die Hauptversammlung bestellen, ihre Befugnisse werden in der Geschäftsordnung näher umschrieben.

§ 17

Die Rechnungsprüfer / Der Abschlussprüfer

1. Die zwei Rechnungsprüfer oder ein Abschlussprüfer werden von der Hauptversammlung auf die Dauer von drei Jahren bestellt. Eine mehrmalige Wiederbestellung ist möglich.
2. Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die satzungsgemäße Verwendung der Mittel. Sie haben der Hauptversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und dem Verein bedürfen der Genehmigung der Hauptversammlung.
4. Die Rechnungsprüfer haben vom Präsidium die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung zu verlangen, wenn das Präsidium seinen Aufgaben gem. § 15 Pkt. 2 lit. a und c nicht nachkommt. Sie sind verpflichtet, bei Ausfall des Präsidiums eine außerordentliche Hauptversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Präsidiums einzuberufen.

5. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ mit Ausnahme der Hauptversammlung angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
6. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen über die Bestellung, die Abwahl und den Rücktritt der Organe sinngemäß.

§ 18

Das Schiedsgericht (Schlichtungseinrichtung)

1. Streitigkeiten, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben, sowie Ehrenverfahren werden von einem Schiedsgericht entschieden. Zur Schlichtung dieser aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Dieses Schiedsgericht ist eine „Schlichtungsstelle“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff der Zivilprozessordnung (ZPO).
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Präsidium ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch das Präsidium binnen zwei Wochen macht der andere Streitteil innerhalb von 4 Wochen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichtes namhaft. Nach Verständigung durch das Präsidium innerhalb von zwei Wochen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 4 Wochen ein drittes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichtes. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichtes dürfen keinem Organ mit Ausnahme der Hauptversammlung angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeiten ist.
3. Der Präsident bestimmt den Sitz des Schiedsgerichtes. Das Verfahren selbst richtet sich nach der Zivilprozessordnung (ZPO). Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung bei Anwesenheit aller Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.
4. Die Anrufung der Schlichtungseinrichtung (Schiedsgericht) steht jedem Mitglied des Vereins offen. Den Streitparteien ist beiderseitiges Gehör zu gewähren.

§ 19

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle besteht aus Angestellten, von denen einer mit der Leitung der Geschäftsstelle betraut wird.

Die Geschäftsstelle untersteht fachlich dem Präsidenten bzw. den zuständigen Präsidiumsmitgliedern, dienstlich dem Präsidenten.

Das Präsidium kann der Geschäftsstelle Angelegenheiten des laufenden Betriebs delegieren.

§ 20

Haftungsbeschränkung

Eine Haftung für Schäden, die einem Vereinsmitglied bei der Benutzung der Vereinseinrichtungen oder bei der Teilnahme an Vereinsveranstaltungen entstehen, ist auf die Fälle beschränkt, in denen einem Organmitglied oder einer sonstigen, für den Verein tätigen Person, für die der Verein nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann.

§ 21

Auflösung, Aufhebung, Wegfall des begünstigten Vereinszwecks

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann sowohl in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung gemäß § 13 als auch in einer ordentlichen Hauptversammlung mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
2. Bei der freiwilligen Auflösung des Vereins hat die den Beschluss fassende Mitgliederversammlung einen Abwickler für das Vereinsvermögen zu bestellen und über die Verwendung des nach Abwicklung der Vereinsgeschäfte verbleibenden Vermögens im Sinn des Abs. 3 zu beschließen.
1. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszwecks ist das verbleibende Vereinsvermögen für die im § 2 im Sinne der §§ 34 ff Bundesabgabenordnung (BAO) begünstigten Zwecke zu verwenden.
4. Kommt kein Beschluss im Sinne des obigen Abs. 2 bezüglich der Übertragung des Vereinsvermögens zustande, so fällt das Vermögen des Vereins an den Gesamtverein, der dieses ausschließlich für die im § 2 im Sinne der §§ 34 ff BAO begünstigten Zwecke zu verwenden hat.
5. Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Behörde schriftlich anzuzeigen. Er ist auch verpflichtet, die freiwillige Auflösung innerhalb derselben Frist in einem amtlichen Blatt zu verlautbaren.

§ 22

Inkrafttreten

1. Diese Satzung wurde in ihrer Stammfassung von der Hauptversammlung am 16.3.2005 beschlossen und ist am 1.1.2006 in Kraft getreten.

2. Die Änderungen in den §§ 7, 9, 12 bis 17 und 21 wurden von der Hauptversammlung am 27.3.2009 beschlossen und sind mit diesem Zeitpunkt in Kraft getreten.
3. Die Änderungen in den §§ 1, 2, 6, 7, 8, 12 und 16 wurden von der Hauptversammlung am 1.4.2011 beschlossen und sind mit diesem Zeitpunkt in Kraft getreten.
4. Die Änderungen in den §§ 12, 14 und 16 wurden von der Hauptversammlung am 12.4.2013 beschlossen und sind mit diesem Zeitpunkt in Kraft getreten.
5. Die Änderungen in den §§ 3 und 4 wurden von der Hauptversammlung am 4.4.2014 beschlossen und sind mit diesem Zeitpunkt in Kraft getreten.
6. Die Änderungen im § 8 sowie die Änderung der Schreibweise „Oesterreichischer Alpenverein“ auf „Österreichischer Alpenverein“ wurde am 8.4.2016 beschlossen und sind mit diesem Zeitpunkt in Kraft getreten.